

Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD

Kreisverbände Schleswig-Flensburg und Nordfriesland

Pressemitteilung

Tarp, 26. Mai 2014

AfB NF und SL-FL begrüßen Lehrkräftebildungsgesetz

Die Arbeitsgemeinschaften für Bildung (AfB) Schleswig-Flensburg und Nordfriesland begrüßen die mit dem Entwurf für das Lehrkräftebildungsgesetz auf den Weg gebrachte Reform der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein. Bildungsministerin Waltraud Wende ist damit die überzeugende Ausgestaltung einer modernen zukunftsorientierten Lehrerbildung im Lande gelungen, die besonders die neuen Schulstrukturen an den weiterführenden Schulen (Gemeinschaftsschulen / Gymnasien) berücksichtigt.

Grundlage dafür ist das neue Schulgesetz, das für mehr gemeinsames Lernen sorgt, die Bildungslandschaft mit den zwei weiterführenden Schularten übersichtlicher gestaltet und für jede/n bei entsprechenden Leistungen – unabhängig von der gewählten Schulart – den Weg zum Abitur ermöglicht. Kooperationen im Oberstufenbereich garantieren Erziehungsberechtigten und Kindern auch bei Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe den Langzeitbildungsgang unter Kontinuität der pädagogischen Arbeit und bilden eine gute Basis für die Ausgestaltung der Praxisanteile in Studium und Referendariat.

Der Wegfall der Schulübergangsempfehlung kann dafür sorgen, dass der vorhandene Leistungsdruck besonders in der vierten Jahrgangsstufe der Grundschule abnehmen wird. Nicht Druck und Angst, sondern Interesse und Neugier werden zu Garanten erfolgreichen Lernens. Deshalb ist auch die Grundschulzeit ohne Zeugnisnoten ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Die neuerdings vom Landesrechnungshof geübte Kritik am Lehrkräftebildungsgesetz mit dem Vorwurf mangelnder Transparenz vor allem in Fragen der finanziellen Ausgestaltung der Studiengänge an den Universitäten in Flensburg und Kiel geht in die falsche Richtung. Entscheidend ist die neue übersichtliche und den schulischen Ausbildungsgängen angepasste Struktur der Ausbildungsgänge mit den Lehrkräften für Grundschulen, für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sowie für Sonderpädagogik und für berufsbildende Schulen. Darum geht es im Kern und das ist eine grundsätzliche bildungspolitische Entscheidung, die dem Landtag obliegt. Die konkrete Ausgestaltung kann nicht im Gesetz geregelt werden.

Die AfB's Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sehen in der Gestaltung der neuen Studiengänge bis zum Abitur eine Stärkung der Flensburger Universität, die auch die Sicherung des Lehrernachwuchses in der Nordregion unseres Landes mit seinen Inseln und Halligen gewährleistet und ebenfalls unter regional- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu begrüßen ist. Sie fordert deshalb alle für den Hochschulbereich Verantwortlichen auf, ausschließlich sachorientiert zu diskutieren und nicht immer neue Nebenschauplätze zu eröffnen.

Dr. Hans-Werner Johannsen

(Vorsitzender AfB Schleswig-Flensburg)

Thomas Löwenbrück

(Vorsitzender AfB Nordfriesland)